

Michael Brie

Linke Mehrheiten gibt es nicht – linke Mehrheiten müssen geschaffen werden!

Beitrag für die Zeitschrift *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft
Oktober 2009

Fast zwanzig Jahre brauchte die SPD nach dem II. Weltkrieg, um in der Bundesrepublik ein politisches Projekt aufzubauen, das zugleich hegemoniefähig und politisch durchsetzbar war. „Mehr Demokratie wagen!“ nach innen mit einem Ausbau der Mitbestimmung und umfassenden Reformen auf den Gebieten von Bildung, Familien und Recht und eine neue Ostpolitik nach außen waren die großen Reformansätze, die breitesten Schichten der Bevölkerung, die Lohnabhängigen wie die neuen Mittelschichten, Ältere und Jugendliche ansprachen und von Gewerkschaften wie sozialen Bewegungen unterstützt wurden. In der Großen Koalition zwischen 1966 und 1969 bewies sie Regierungsfähigkeit und konnte zugleich eine aktive Beziehung zu den neuen sozialen Bewegungen aufbauen. Sie vermochte es, 1969 eine sozialliberale Regierung unter ihrer Führung etablieren, die dreizehn Jahre – bis 1982 – hielt.

Als die SPD 1998 mit den Grünen erneut die Regierung stellte, war dies eine politisch machbare Konstellation – getragen von den eigenen Anhängern, als legitim anerkannt in der Bevölkerung, bewährt in einer Reihe von Bundesländern, vorangetrieben durch eine Führungsgruppe, die miteinander „konnte“. Aber das in den 1980er Jahren entstandene rot-grüne Projekt eines sozialökologischen Umbaus, der Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen gesamteuropäischer Formen von Sicherheit war dem Motto „Innovation und soziale Gerechtigkeit“ gewichen, das zusammen führen sollte, was am Ende nicht verbunden wurde. 1998 war so vor allem eine Abwahl von Kohl und weniger eine Wahl eines neuen gesellschaftlichen Aufbruchs. Rot-Grün scheiterte 2005 nicht aus eigener Handlungsunfähigkeit, sondern aus mangelnder Hegemoniefähigkeit. Das „soziale Herz“ der SPD war getroffen durch die Agenda 2010 und hatte sie einen Teil ihrer sozialen Basis und Glaubwürdigkeit gekostet. Die Gewerkschaften distanzieren sich, und die Linkspartei wurde dauerhaft etabliert. Aus der zweiten großen Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik geht die SPD anders als 1969 nicht nur extrem geschwächt hervor, wurde in die Opposition verbannt, sondern auch ohne jede Perspektive. Ihre Richtungslosigkeit wurde bestraft. Ihre möglichen Anhänger blieben millionenfach zu Hause oder wählten die Linkspartei. Manche wandten sich der CDU zu.

Wer mit Blick auf die Zukunft und die nächste Bundestagswahl spricht, der muss zunächst darüber sprechen, ob ein Projekt geschaffen werden kann, das gegenüber Schwarz-Gelb hegemoniefähig sein kann. Schon die Beliebigkeit, mit der über alle möglichen Koalitionen gesprochen wird, zeigt, dass es dieses nicht gibt. In Deutschland existiert, wie eine jüngste empirische Studie, die im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeitet wurde, zeigt, ein Konsens, der für die Verbindung eines starken universellen Sozialstaat mit einem breiten Angebot öffentlicher Dienstleistungen und einer lebendigen unternehmensorientierten Wirtschaft im Rahmen von Mitbestimmung und wirksamen politischen Rahmenseetzungen steht. Auf dieser Grundlage kann eher eine sozial-libertäre Politik, mit Abstrichen aber auch eine marktliberal-autoritäre Politik betrieben werden. Erstere würde sich vor allem auf die sozial-libertäre Mitte mit ihrem Schwerpunkt im öffentlichen Sektor und dem Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen sowie der modernen Informations- und Kulturindustrie, auf bedrohte Kernbelegschaften und prekarierte Gruppen stützen, letztere vor allem auf marktwirtschaftlich orientierte Mittelschichten und traditionelle Gruppen. Ersteres wäre ein solidarischer Mitte-Unten-Bündnis, letzteres eine marktliberal-paternalistische Allianz. Anhänger eines solidarischen Bündnisses setzen sehr stark auf mehr Bürgerbeteiligung und

gesellschaftlichen Dialog und Ideensuche, die einer marktliberalen Allianz eher auf Führung und auch radikale Einschnitte. Es sind besonders die Gruppen der unteren Mitte, die das eine wie aber auch das andere Bündnis unterstützen können. Sie entscheiden damit vor allem, wer Mehrheiten bekommt.

Noch aber wird eine erneuerte sozial-libertäre Politik nicht durch gemeinsame Projekte gestützt, die durch SPD, Grüne und Linkspartei sowie Gewerkschaften und soziale Bewegungen getragen werden, die soziale Gerechtigkeit, Bewahrung der Umwelt und insbesondere der Klimastabilität, eine erneuerte Friedenspolitik mit besseren Lebenschancen gleichermaßen für die Mittelschichten und die Lohnabhängigen und eine neue Welle von Innovationen und Produktivität verbinden würden. Dies würde neue Chancen individueller Freiheit und solidarischer Selbstentfaltung freisetzen. Unterhalb eines solchen Anspruchs ist aber Hegemoniefähigkeit nicht zu haben. Nicht einfache konservative Vertretung vorhandener Interessen, sondern ihre Verwandlung in attraktive Perspektiven innerhalb eines neuen Entwicklungspfads von Gesellschaft ist die Aufgabe moderner linker Politik.

Die Partei Die Grünen haben mit ihrem Green New Deal einen Richtungsvorschlag gemacht. Er ist fast völlig auf die besserverdienenden Mittelschichten zugeschnitten und sozial blind. Die Partei DIE LINKE hat die soziale Frage in den Mittelpunkt gestellt, wird deshalb von größeren Teilen der Bevölkerung als politische Kraft angesehen, die wie Robin Hood auf die Ungerechtigkeit in Deutschland aufmerksam macht, aber ihr werden nur geringe Zukunftskompetenzen zugesprochen. Sie hat besonderen Zuspruch bei Arbeitnehmern und Arbeitslosen. Die SPD steht gegenwärtig nur für eine soziale Nuancierung der gemeinsamen Politik mit der CDU und CSU. Die Gewerkschaften agieren unter diesen Bedingungen weitgehend strukturkonservativ und die zunehmend wieder fragmentierten sozialen Bewegungen finden keine gesellschaftliche Projektionsfläche in der Politik. Sie bleiben deshalb schwach.

Die Frage ist nicht, ein auf kürzere Zeit gestelltes Mitte-Links-Regierungsbündnis zu bilden, sondern einen wirklichen Richtungswechsel der Politik herbeizuführen. Nicht taktische Manöver, sondern strategische Weichenstellungen sind gefragt. Damit geht es um linke Mehrheiten für eine *andere* Politik. Eckpunkte, die sich aus den Ansätzen aller genannten Kräfte ergeben, wären eine *neue Solidarität*, ein Rot-Grüner, ein Sozial-Ökologischer New Deal. Wichtigste Schritte auf dem Wege der solidarischen Umgestaltung der Gesellschaft sind der Kampf für eine breitere gesellschaftliche Veränderung: (1) eine neue Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung: eine sozialökologische Transformation der gesamten Produktions- und Lebensweise in den nächsten zwei Jahrzehnten; (2) eine neue Form sozialer Sicherheit und Integration auf der Basis einer armutsfesten bedarfsorientierten Grundsicherung, und die Erneuerung des Öffentlichen und der Aufbau eines solidarischen Sektors der Bildung, Gesundheitsvorsorge, Wissenschaft und Forschung, des Sports, der sozialen Dienste und Pflege sowie des Naturschutzes; (3) neue Macht- und Eigentums- und Verfügungsverhältnisse durch die Sozialisierung der Investitionsfunktion (Primat der Politik bei volkswirtschaftlich relevanten Richtungsentscheidungen) und die Demokratisierung der Wirtschaft und des Staates, und (4) eine neue internationale Solidarität durch stärkere Beiträge zu gemeinsamer Entwicklung in Frieden und Sicherheit (siehe ausführlicher dazu eine Position des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Zeitschrift *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, Heft 1/2009 bzw. http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/kontrovers_02-09.pdf).

Die gemeinsame Arbeit an einer linken Hegemonie auf der Basis tragfähiger Projekte ist aber nur ein Teil der Aufgabe. Diese Projekte müssen auch politisch durchsetzbar sein. Dazu sind gemeinsame Regierungen von SPD und Linkspartei gemeinsam mit den Grünen in den Bundesländern notwendig. Aus praktischer Arbeit kann wie in Berlin Vertrauen erwachsen, kann gelernt werden. Noch ist vor allem die Anhängerschaft der SPD im Verhältnis zu Linkspartei tief gespalten. Es ist an beiden, an SPD wie an Linkspartei, dazu beizutragen, dies schnell zu überwinden. Die Arbeit an gemeinsamen Grundpositionen zu einem Projekt *Neuer Solidarität* durch Politikerinnen und Politiker, Analytikerinnen und Analytiker der drei

genannten Parteien, aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen könnte wie vor 1989 das SPD-SED-Papier ein wichtiger Schritt sein, um prinzipielle Unverträglichkeit durch vorwärtsweisende Lösungen zu überwinden. Auf allen diesen Wegen kann auch die notwendige personelle Zusammenarbeit entstehen, ohne die in der Politik nichts geht.

Die hinter uns liegende Bundestagswahl sollte Anlass sein, endlich mehr linke Gemeinsamkeit zu wagen. Es wäre ein Experiment mit offenem Ausgang. Aber es lohnt sich, es zu testen. Die Vorherrschaft der Konservativen in Deutschland ist durch keine strukturellen Mehrheiten in der Gesellschaft gedeckt, sondern durch das Fehlen eines linken Projekts und die Spaltung der Linken selbst verursacht. Die Vorherrschaft des bürgerlichen Lagers kann gebrochen werden. Der entfesselte Kapitalismus muss einer solidarischen Mehrsektorenwirtschaft weichen, damit die Klimakatastrophe verhindert wird, eine nächste Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zum Kollaps der Staaten und ihrer Finanzen führt, die Gesellschaft nicht auseinanderbricht in Arm und Reich, in „Leistungsträger“ und „Marginalisierte“. Wer diesen Gefahren nicht ohnmächtig entgegenstarren will, muss sich nach links und zugleich vorwärts zu modernen ökologischen und sozialen Entwicklungspfaden bewegen – gemeinsam.